

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonntags.

Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1.40. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

# Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Baustellen-Anzeigen die 3 gespaltene Kolonnen-Zeile 60 Pf. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Vrey.

Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover. Redaktionschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, 2. St. — Fernsprech-Anschluß 3002.

### Die Zunahme der ungelerten Arbeiter.

Schon seit dem Einsetzen des wirtschaftlichen Ueberganges vom Handwerksbetrieb zur Maschinenarbeit ist auf dem Arbeitsmarkt das Angebot an ungelerten Arbeitern ein weit größeres als das der gelernten Arbeiter. Durch das allmähliche Verschwinden der kleinen Handwerksmeister hat die Berufslehre für die Arbeiterklasse an Wert immer mehr verloren. In früheren Jahren sorgte der Lehrherr neben der Berufsausbildung auch für die Beköstigung, Kleidung und Wohnung seiner Lehrlinge. Heute zahlt er nur eine Entschädigung an die Eltern. Diese ist aber meist so gering, daß es dem größten Teil der Arbeiterkinder unmöglich ist, ihre Kinder auf drei bis vier Jahre in die Lehre zu geben. Deshalb strömen bei jeder Schulentslassung weit größere Massen von jugendlichen Arbeitern der ungelerten als der gelernten Arbeit zu. Aber auch die gelernten Arbeiter stellen eine erhebliche Zahl von Ueberläufern zur ungelerten Arbeit. Sei es, daß sie in ihrem erlernten Berufes Schiffbruch leiden, wodurch sie genötigt sind, zu einer ihnen besser zufallenden Beschäftigung überzugehen, oder daß ihnen zufällig eine lohnendere Beschäftigung als ungelerten Arbeiter geboten wird. Daß nicht zuletzt auch der Zustrom an fremden Arbeitern — vor dem Kriege — zum größten Teil aus ungelerten Arbeitern bestand, ist eine feststehende Tatsache.

Durch die Stilllegung zahlreicher gelernter Berufe, die weitere Abnahme der Berufslehre und die enorme Zunahme der Frauenarbeit während des Krieges ist nun das Heer der ungelerten Arbeiter erneut und besonders stark emporgeschwollen. Im Hinblick auf diese ständige Zunahme der Ungelernten schreibt Dietrich Breihs in der „Hilfe“ vom 13. April d. J. u. a.:

„Die beiden großen Magneten der ungelerten Arbeit sind bekannt: der hohe Verdienst, der sofort einsetzt, und die Ungesundheit in der Lebensführung. — Wir stehen in der Tat vor einer Gefahr, gegen die keiner die Augen verschließen darf, dem das Wohl unsres Volkes am Herzen liegt. — Dem ungelerten Arbeiter, eine Bezeichnung, gegen die das bessere Sprachempfinden sich vergeblich auflehnt, bezahlt man nur die wolle Körperkraft und etwas natürliche Frische und Geschicklichkeit. — Vielfach widerstehen Ungelernte auch viel schwerer den mancherlei Verlockungen, die sie auf abschüssige Bahnen bringen. — Eine große Zahl Ungelernter bedeutet geradezu eine Gefahr für unser Volk und zugleich einen Verlust an Volkskraft und völkischer Leistungsfähigkeit.“

Im Gegenjah hierzu weiß Breihs über die Berufslehre nur von Vorzügen zu berichten. Er schreibt:

„Jeder Zuwachs an gelernten Arbeitern bedeutet einen Gewinn an Volkskraft und Volkstun. — Es wächst dabei die eigene Kraft und das Selbstvertrauen. — Berufszugehung ist allgemeine Menschenerziehung. Dem Staate schaffen wir dadurch nicht nur tüchtige Bürger, sondern wir dienen seiner ganzen wirtschaftlichen und kulturellen Machtentfaltung.“

Daß in der Fortsetzung der zitierten Ausführungen auch der Hinweis auf die Selbständigmachung der gelernten Arbeiter nicht fehlt, nimmt weiter nicht wunder; er kehrt aber in unserer modernen Zeit des Dampfes und der Elektrizität jeder realen Grundlage. Aus diesen Ausführungen spricht noch ganz der zünftlerische Geist längst verflorener Zeiten. Worauf die Zunahme der Ungelernten hauptsächlich beruht, haben wir bereits auseinandergesetzt. Durch ethische Gefühlsänderungen läßt sich die weitere Zunahme nicht verhindern. Im übrigen erfordert die immer weiter fortschreitende Teilung im Arbeitsprozeß auch eine immer größere Zahl an ungelerten Arbeitern. Der Verlust an völkischer Kraft und Leistungsfähigkeit ist das Resultat der schlechten materiellen Grundlage, der ganz übermäßig ausgedehnten Arbeitszeit und des Schwitzsystems für die Arbeiter. Von diesem Mißstände werden aber keineswegs nur die ungelerten, sondern auch die gelernten Arbeiter — und diese oftmals noch weit mehr als die ersteren — betroffen. Die Berufslehre vermag schon wegen der geringen Entschädigung, die der Lehrherr zahlt, einen wesentlichen Einfluß auf die Gefundung des Volksganges nicht auszuüben. Die verfrügte Arbeitszeit, eine durchgreifende Wohnungsfürsorge, Mutter- und Kinderschutz und eine ausreichende Entlohnung aller Arbeiter fördern die Gefundung des Volksganges. „Gelernte“ und „ungelernte“ Arbeiter besitzen aber heute durch ihren Zusammenschluß in wirtschaftliche Organisationen eine ganz andere Machtkonzentration als zur Zeit des Pöppes, die es ihnen ermöglicht, sich eine höhere Lebenslage eventuell zu erkämpfen. Auch die Ueberzeugung der Arbeiter von der gemeinsamen Interessenolidarität der Gelernten und Ungelernten dürfte durch die Kriegserfahrungen festgestellt worden sein.

Durch das Zurückfallen der Massen vom Kriegsschauplatz wird aber das Angebot an ungelerten Arbeitern erst vollends in solchem Maße zunehmen, daß die zu erwartende Arbeitslosigkeit jede bisher dagewesene weit in den Schatten stellt. Ist doch kaum darauf zu rechnen, daß behördlicherseits auch nur die Frauenarbeit auf ihren Friedensstand wieder zurückgeführt werden wird. Dringende Pflicht des Reiches ist es deshalb, den arbeitslosen Vaterlandskriegern durch Einführung einer großzügigen Reichs-Arbeitslosenversicherung Hilfreich entgegen zu kommen. Die ungelerten Arbeiter tun aber gut daran, wenn sie unerbittlich und restlos ihren wirtschaftlichen Kampforganisationen beitreten und die bestehenden in die Lage versetzen, daß sie allen Ereignissen in der kommenden Friedenszeit gewüst entgegen treten können.

Werden doch schon jetzt Unternehmerstimmen laut, die sich für eine Kürzung der Arbeitslöhne nach dem Kriege aussprechen. Sind die Gemütskräfte, die der Burgfriede den Gewerkschaften auf ihrem eigensten Gebiete: dem der Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen für ihre Mitglieder, auferlegt hat, wieder aufgehoben, dann werden auch die organisierten ungelerten Arbeiter in der weiteren Fehlung ihrer wirtschaftlichen Lage den gelernten Arbeitern nicht nachsehen.

### Die Streikhilfe der Ziegeleibesitzer und der § 152 der Gewerbeordnung.

Vor etwa einem Jahrzehnt begannen die Bestrebungen der Unternehmer des Baugewerbes, sich für die Durchführung ihrer Lohnkämpfe mit den Bauarbeitern die Hilfe der Baustoff-Lieferanten zu sichern. Erfahrung und Ueberlegung sagten ihnen, daß die Sperre der Baumaterialien bei einem Streik bzw. bei einer Aussperrung ein sehr geeignetes Mittel sein würde, abstrümmige Unternehmer zurückzuholen. Eine solche Sperre ließ sich jedoch nicht wirksam durchführen ohne sorgfältige Vorbereitung und ohne bindende Vereinbarungen und Verpflichtungen. Solche Vereinbarungen wiederum konnten nicht getroffen werden zwischen und mit Einzelunternehmern, sondern nur von und zwischen Unternehmervereinigungen.

Schon im Jahre 1907 versuchten mehrere Zweigvereine des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe, mit den Ziegeleien ihres Bezirkes bzw. mit den Preisvereinigungen solcher Ziegeleien Vereinbarungen über Lieferungen wie über das Verhalten bei Streiks zu treffen. Der Erfolg war zunächst gering. Die Ziegeleibesitzer zeigten wenig Lust, auf die gemachten Vorschläge einzugehen, die allerdings auch sehr einseitig auf die Interessen des Baugewerbes zugeschnitten waren. Auch die Zementindustrie, an die ebenfalls herangetreten wurde, verhielt sich zunächst ablehnend. Auch als im Jahre 1908 die nordwestdeutsche Gruppe des Bauarbeiterverbandes, die damals in 32 Lokalvereinen rund 1000 Bauunternehmer als Mitglieder zählte, an mehrere Zementyndukate und Ziegelverkaufsvereinigungen mit ausgearbeiteten Vorschlägen herantrat, erntete sie noch mehr Ablehnung als Erfolg.

Die Haltung der Ziegeleibesitzer änderte sich jedoch, je mehr die Bauunternehmer drängten und je weiter diese bei ihren Vorschlägen Entgegenkommen zeigten. Im Jahre 1909 wurden schon mehrfach bindende Vereinbarungen abgeschlossen. Diese bezogen sich nicht nur auf die gegenseitige Unterstützung bei Lohnkämpfen, sondern hatten auch die Förderung der beiderseitigen Organisationen in friedlichen Zeiten zum Zweck. Diese sollte dadurch erreicht werden, daß die Bauunternehmer sich verpflichteten, ihre Ziegel nur von organisierten Ziegeleibesitzern bzw. nur von der Verkaufsvereinigung der Ziegeleien zu beziehen, während die Ziegeleibesitzer oder ihre Vereinigung an unorganisierte Bauunternehmer gar nicht oder doch nur zu erheblich höheren Preisen liefern durften. In dem Vertrag, den die Ziegeleibesitzer von Regensburg u. U. mit dem Arbeitgeberverband des Baugewerbes 1909 geschlossen hatten, heißt es z. B., daß gut gebrannte Ziegel im Reichsformat für organisierte Bauunternehmer 24,50 Mk., für unorganisierte dagegen 28 Mk. pro Tausend frei Baustelle kosten sollten. Für Ziegel im bayerischen Format sollte der Preis 26 Mk. für organisierte und 30 Mk. für unorganisierte Bauunternehmer betragen. Nach Ausbruch eines allgemeinen Streiks oder einer Aussperrung durfte an unorganisierte Bauunternehmer überhaupt nicht geliefert werden. Ähnliche Verträge wurden im Jahre 1909 in mehreren Teilen Deutschlands abgeschlossen. Die Ziegeleibesitzer schickten bei diesem Kirchensessen allerdings nur die Steine. Sie tanzten gegen das Zugeständnis niedriger Preise und bedingungsloser Unterstützung bei Streiks nur die Bevorzugung ihrer Organisation beim Ziegelbezug ein.

Die Erkenntnis, daß die Ziegeleibesitzer bei Vereinbarungen auf der oben geschilderten Grundlage eine wenig beneidenswerte Rolle spielten, veranlaßte die Verkaufsgesellschaft nordwestdeutscher Ziegeleien und Kalksteinfabriken zu einem Versuch, eine andere Vertragsbasis zu finden. Unter geschickter Ausnutzung des Kampfes im Hamburger Baugewerbe, der ein Jahr vor dem allgemeinen Tarifkampf stattfand, wandte diese Verkaufsvereinigung sich in einem Geheimzirkular an die Bauunternehmer Norddeutschlands. Darin erklärte sie sich bereit, für je 1000 von der Verkaufsvereinigung bezogene Ziegelsteine 50 Pf. in die Streikklasse der Bauunternehmer zu zahlen. Es wurde dabei ausgerechnet, daß der Vorschlag dem Kriegsfonds der Bauunternehmer jährlich 400 000 Mk., bis zum Tarifablauf also 2 Mill. Mark, zuführen würde. Außerdem sollten die Bauunternehmer pro 1000 Steine 75 Pf. als Rabatt erhalten. Diese sollten sich dafür verpflichten, außer der Verkaufsvereinigung zu beziehen. Eine Verpflichtung, an unorganisierte Bauunternehmer gar nicht oder zu anderen Preisen zu liefern, wollte die Verkaufsvereinigung der Ziegeleien nicht eingehen.

Ein Vertrag auf dieser Grundlage wäre für die Ziegeleibesitzer bzw. für deren Vereinigungen natürlich wesentlich günstiger gewesen als ein solcher nach dem Regensburger Muster. Leider ist uns nicht bekannt, ob er auf dieser oder einer ähnlichen Grundlage zustande gekommen ist. Die Unternehmer schweigen sich über dieserlei

Geschäfte ja zumeist in allen Sprachen aus. Möglich ist es jedoch schon, daß die Hamburger Bauunternehmer die angebotene Aufstellung ihres Kriegsschatzes mit einigen Millionen annehmen; zumal die Ziegelverkaufsvereinigung in ihrem Zirkular mehr überhebend als überlegend erklärte: „Spielend werden Sie auf diesem Wege (d. h. durch den Vertragsaufbau der angebotenen Grundlage) das große Ziel erreichen und sich von dem Terrorismus der Arbeiternehmerbauern befreien.“ Als jedoch ein Jahr später, während der allgemeinen Aussperrung im Baugewerbe, die Hamburger Bauunternehmer, obwohl sie fast gar nicht ausgesperrt hatten, die Ziegeleibesitzer verpflichteten: „an unorganisierte Bauunternehmer Ziegel nicht zu liefern, erhielten sie eine glatte Abfuhr.“

Der soeben erwähnte Kampf im Baugewerbe brachte die Bestrebungen der Bauunternehmer, die Materialsperrung gegen Außenleiter anzuwenden, erneut in Fluß. Es fand dabei die nachhaltigste Unterstützung des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände, dem der Bauarbeiterverband als Mitglied angehörte. Diese Zentrale der Unternehmerverbände forderte alle Ortsverbände auf, mit allen Kräften auf die lokalen Baumaterialienhändler einzutreten, damit diese denjenigen Unternehmern, die sich an der Aussperrung nicht beteiligen wollten, die Lieferungen sperren. In einem Rundschreiben, das den Kalk- und Ziegellieferanten zugestellt wurde, hieß es:

„Es handelt sich nun darum, die Aussperrung, die natürlich im Interesse des gesamten Unternehmertums mit einem Sieg der Arbeitgeber enden muß, möglichst abzukürzen. Der geeignetste Weg hierzu ist, daß seitens der Baumaterialienlieferanten während der Aussperrungszeit kein Material geliefert wird.“

Den Ziegeleien bzw. deren Verbänden wurde vom Arbeitgeberverband für das Baugewerbe als Gegenleistung für die Materialsperrung folgender Verpflichtungsschein bekanntgegeben:

„Die Mitglieder des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe zu . . . verpflichten sich, von den Lieferanten von Baumaterialien, die während der Dauer der jetzigen Stilllegung der Bauten ohne Genehmigung des . . . Materialien liefern, nach Aufhebung der Sperre auf die Dauer von drei Jahren weder direkt noch indirekt Materialien zu beziehen, noch Fuhren ausführen zu lassen.“

Die Ziegeleibesitzer waren von dem Verlangen der Bauunternehmer nicht überall erbaut. In vielen Orten sahen sie die Niederlage der Unternehmer voraus. Aus einer Umfrage, die die „Lohnindustrie-Zeitung“ damals veranstaltete, ging das klar hervor. So schrieb ein Nürnberger Unternehmer, nachdem er auf den Abfall der Hamburger und Berliner Unternehmer hingewiesen hatte: „So ist an einen endlichen Sieg nicht zu denken; die schließliche Folge dürfte eine schmachvolle Niederlage der Bauarbeiter und somit aller deutschen Arbeitgeber sein.“ Ein Ziegeleibesitzer aus Rheinland-Westfalen schrieb: „Von der Aussperrung verspreche ich mir hier keinen Erfolg. . . .“ Und ein anderer aus Ravensberg klagte: „Weider müssen die Vereinsziegeleien befürchten, daß dieser Kampf . . . nicht zugunsten der Arbeitgeber verlaufen wird.“ Diese Auffassung vom Stand und Ausgang des Kampfes beeinflusste natürlich auch die Haltung der Unternehmer zu der Forderung auf Einstellung der Lieferungen. Sie weigerten sich zwar nicht direkt, aber sie suchten nach Ausreden und Umwegen. Der Verein der Ziegeleibesitzer von Mainz u. U. erklärte sogar direkt, daß er die Lieferung in der Stadt „möglichst“, die nach Wegen der Umgebung jedoch nicht einstellen würde. Für Stettin wurde die Sperre als undurchführbar bezeichnet. Der Bericht aus Wallau erklärte, es sei für die Ziegellieferanten „nicht ratsam, in dem Streit Partei zu ergreifen“, zumal dadurch nur den jetzigen Ziegeleibesitzern, die im Trüben fischen, Vorzueh geleistet würde. Die Materialverweigerung hielt der Berichtsfaktor für rechtlich unzulässig, weil die meisten Ziegeleibesitzer Lieferungsverträge hätten. Interessant war in dieser Antwort ein in die mildeste Form gekleideter Vorwurf gegen die Unternehmer des Baugewerbes. Es hieß nämlich darin: „Vom sozialen Standpunkt aus gesehen, ist jede Gewaltmaßregel gegen die Arbeiter — und eine solche ist diese Aussperrung — tief bedauerlich.“ Und daran anknüpfend: „Fraglich erscheint es auch, ob wir es verantworten können, zugunsten anderer Arbeitgeber unsere eigenen Arbeiter brotlos zu machen.“

Diese und andre Antworten der Ziegeleibesitzervereinigungen veröffentlichte der Leiter der hannoverschen Ziegelverkaufsvereinigung zu einem geharnischten Mahn- und Warnruf an seine Kollegen, die auf dem Standpunkt standen: „Was dich nicht brennt, das laß nicht!“ Warnend rief er ihnen zu: „Wenn heute die Unternehmer im Baugewerbe niedergezungen werden, so wird man mit um so größerer Kampfesfreudigkeit morgen über die Ziegeleibesitzer herfallen.“ Auch der Leiter der Dresdener Vereinigung gab „ganz entschieden“ der Meinung Ausdruck, daß die Ziegeleibesitzer mit den Bauunternehmern „Hand in Hand gehen und es als Ehrenpflicht ansehen müssen, den Leuten, die organisierte Arbeiter beschäftigen, nichts zu liefern“. Genügt haben solche Ermahnungen allerdings nicht viel, und gehoffen haben sie den Bauunternehmern gar nicht. Der gewaltige Kampf endete mit einem schönen Sieg der Bauarbeiter.





Uebersichts-Tabelle über die Arbeitslosigkeit im 2. Quartal 1916.

Table with columns for Gau, Zahlstellen, Mitgliederzahl, Zu- oder Abnahme, Arbeitslose Mitglieder am Orte, and Von den Arbeitslosen bezogene Verbandsunterstützung. It lists data for 15 different Gaue and a total for the Verband.

Folgende Zahlstellen haben trotz Mahntarie die statistische Berichtkarte nicht rechtzeitig oder überhaupt nicht eingeleitet: Gau 1: Bramsche, Burgdorf, Ebbsort, Einbeck, Hüllsen, Minden, Osnabrück. Gau 2: Osterwerda, Duedlinburg, Schmiedeberg. Gau 3: Potsdam. Gau 4: Treptow. Gau 5: Zschopau. Gau 6: Friedland i. Schl., Wallmig. Gau 8: Marggrün, Neustadt a. d. Orla, Rodach, Wünschendorf.

mannl. weibl. zusammen. Das heißt, die Arbeiter müssen mit Lohnkürzungen vorliebnehmen, damit die Unternehmer nicht Gewinnaufzählungen tragen müssen. Also ganz das alte Rezept! Wir meinen, die 'Arbeitsgeberzeitung' sollte erst einmal abwarten, wie sich nach dem Kriege die Preise und die Produktionsverhältnisse gestalten und sich dann die Frage vorlegen, ob die Arbeiter überhaupt von ihren Löhnen zurückgehen können, ohne die eigene Existenz und damit letzten Endes auch die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie zu gefährden.

Durchhalten.

Die sich manche Leute das Durchhalten denken, haben kürzlich die 'Arbeitsgeberzeitung' den Arbeitern das preschöne Anerkennen, auf den Klappertisch zu begeben und gemeinsam mit den Arbeitern eine einseitige Kampfkraft zu bilden. So dringend hält das Blatt seinen Vorstoß, den es zuerst in seiner Nummer 27 vom 2. Juli gemacht hat, daß es ihn in wenig geänderter Form in seiner nächsten Nummer vom 9. Juli wiederholt.

Bestehendes Liebestwerben.

Im Hinblick auf die Ereignisse der Pariser Wirtschaftskongress macht die 'Arbeitsgeberzeitung' den Arbeitern das preschöne Anerkennen, auf den Klappertisch zu begeben und gemeinsam mit den Arbeitern eine einseitige Kampfkraft zu bilden. So dringend hält das Blatt seinen Vorstoß, den es zuerst in seiner Nummer 27 vom 2. Juli gemacht hat, daß es ihn in wenig geänderter Form in seiner nächsten Nummer vom 9. Juli wiederholt.

Bued f.

Am 4. Juli dieses Jahres ist ein Mann gestorben, der im wirtschaftlichen und politischen Leben Deutschlands erheblichen Einfluß ausgeübt hat: H. Axel Bued, der langjährige Generalsekretär des Zentralverbandes Deutscher Industrieller. Er hat mit fast 86 Jahren das biblische Alter erreicht. Er ist bis an das Ende seiner Tage ein eifriger Vertreter großkapitalistischer Interessen und ein ebenso eifriger Gegner der aufstrebenden Arbeiterbewegung geblieben.

Die 'Metallarbeiterzeitung' bringt anlässlich des Todes Bued's einige Auszüge aus seinen Reden, die den Mann besser charakterisieren als eine lange Biographie. Wir geben sie deshalb hier wieder. Auf der Delegiertenversammlung des Zentralverbandes Deutscher Industrieller am 13. Februar 1900 sagte er unter anderem: Von Altersher sei die Sozialdemokratie als eine vorübergehende Erscheinung bezeichnet worden.

Am 17. Dezember 1910 sagte er auf einer Verbandsversammlung der Gauhilfste Deutscher Arbeitgeberverbände zu Berlin unter anderem: Die Lage gestaltet sich doch unheimlich ernst, daß sich die Arbeiterzeitung nicht zusammenfassen müssen angesichts der großen Macht der Arbeitgeberorganisationen, die in mühsamer Ausbildung bis ins kleinste hinein und getragen von der großen Opferwilligkeit ihrer Mitglieder heute in der Tat eine gewaltige Macht erreicht haben.

Am 12. Dezember 1910, also im Alter von gerade 80 Jahren, trat Henri Axel Bued von seinem Amte zurück. Zwei Tage vorher, in einer Delegiertenversammlung des Zentralverbandes, schloß er seinen letzten Geschäftsbericht folgendermaßen: Überwinden Sie die Spaltung in der Industrie, schließen Sie sich fest und unerschütterlich zusammen.

Verbandsnachrichten.

Statistik - Blaue Karten.

Für den Monat Juli sind die blauen Karten bis zum 4. August eingeleitet. Dieser Termin muß eingehalten werden, weil das auf Grund der Karten festgestellte Gesamtergebnis für das Reich zum 9. des betreffenden Monats bereits an das Statistische Amt abgehen muß.

Als Stichtag zur Feststellung der Arbeitslosen gilt der 29. Juli.

Bei Angabe der Mitgliederzahl dürfen nur die wirklich vorhandenen Mitglieder gezählt werden, also nicht

die zum Heere eingezogenen, die als abgemeldet gelten. Für den Monat Juni haben trotz Mahntarie keine blauen Berichtskarten eingeleitet die Zahlstellen: Gau 1: Bramsche, Burgdorf, Ebbsort, Einbeck, Hüllsen, Minden, Osnabrück; Gau 2: Burg, Osterwerda, Hesse, Mülberg, Duedlinburg, Schmiedeberg; Gau 3: Eberswalde, Freiental, Potsdam, Treuenbrietzen; Gau 4: Barth, Fürstberg, Gollnow, Greifswald, Lauenburg, Neubrandenburg, Neustettin, Schwerin, Storf, Treptow, Warmemünde; Gau 5: Zschopau; Gau 6: Rattowitz, Wallmig, Neumarkt, Neufalz, Penzig; Gau 7: Rue; Gau 8: Marggrün, Meiningen, Neustadt, Odisleben, Rodach, Weissenfels, Wünschendorf; Gau 9: Hof, Kronach, Weissenburg; Gau 10: Gengenbach, Schöppingen, Lauterbach, Mühlhausen, Pforzheim, Reutlingen, Rheinfelden, Schopfheim, Schwemningen, Wangen; Gau 12: Frankend., Heibelberg; Gau 13: Fulda, Höhr-Grenzhausen, Kahl, Offenbach, Sandbach-Höchst; Gau 14: Essen, Goch, Hünningen; Gau 15: Borch, Burg, Dömitz, Nordenham, Oldenburg.

Vom 11. Juli 1916 an gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:

- Bank 1339,61. Neumünster 728,26. Kassel 710,16. Memel 400,-. Lauenburg a. d. E. 384,40. Strehla a. d. E. 370,54. Bismarck 350,07. Hüllsen a. M. 300,-. Marne 290,29. Ricany 289,06. Melle 266,54. Sridenheim 256,08. Tilsit 233,82. Götting 231,05. Goslar a. S. 160,-. Tzale a. S. 157,94. Vöding 78,95. Erlangen 66,88. Penzig 56,63. Juchow 50,73. Neudorf 47,75. Würthel 26,91. Gr.-Hühner 18,80. Jochenweide 11,03. Danzig 5,-. Pavant - 52. Hamburg 601,90. Elmshorn 1437,88. Stuttgart 1000,-. Heilbronn 681,22. Roswig (Anh.) 663,61. Schweinfurt 535,01. Lübeck 1423,-. Vergedorf 945,68. Wärow 374,08. Brunsbüttel 356,48. Wolde 244,92. Weissenfels 239,60. Wismar 202,22. Witten i. B. 166,09. Odruf 139,19. Annaberg i. Erzgeb. 133,61. Seidingsfeld 130,-. Fürstberg i. M. 118,42. Oshag 117,90. Neudamm 115,12. Ermleben 103,15. Gelsenkirchen 86,36. Greiffenberg i. Schl. 69,07. Gronau 65,74. Vork 66,36. Röhre 64,38. Lübben 60,09. Rössen 53,98. Dackredwitz 49,30. Kolmar i. P. 47,60. Kolberg 43,55. Lepte 39,47. Auersbach i. B. 38,01. Wersbitten 33,54. Ludenwalde 26,33. Mustau 25,73. Jauer 15,20. Eidershausen 2,32. Einbeck 157,96. Hameln 178,63. Münden 4494,17. Darmstadt 586,98. Girschberg i. Schl. 800,-. Plauenischer Grund 64,36. Gulin 426,33. Parby 331,06. Herbst 285,68. Hildesheim 206,11. Gerabronn 173,19. Raitenburg 135,83. Niesitz 134,66. Grünberg i. Schl. 104,69. Raudau 100,-. Schmiedeb. 86,54. Garzburg a. S. 84,69. Lauenburg 83,39. Wöbau i. S. 69,39. Obeles 68,92. Meldorf 68,46. Gmund 67,79. Mühlenbeck 64,40. Großenhain 61,76. Walsode 57,37. Gienberg (Pi.) 50,30. Uelzen 49,20. Dornitz 44,48. Frankend. 43,89. Borne 40,43. Nordenham 34,23. Lemau 32,54. Bonn 27,15. Tirschenreuth 25,40. Neubrandenburg 13,65. Pries 593,52. Westphal 513,59. Wittenberg (Bez. S.) 378,33. Siltenerode 203,30. Lübz 201,61. Penig 196,12. Freiental a. d. O. 170,30. Werber a. d. S. 160,40. Guben 159,26. Kaiserlautern 114,87. Rue i. Erzg. 100,-. Egeln 98,44. Fürstwalde 78,45. Frankfurt a. d. O. 68,58. Warmmünde 52,42. Singen 25,26. Augsburg 23,91. Wöhm 23,49. Greifswald 19,86. W.-Gladbach 5,80. Hameln 6,-. Schönebeck a. d. E. 640,26. Saarau 500,-. Mannheim 887,31. Lüneburg 595,40. Brandenburg a. d. S. 594,62. Gradow i. M. 345,60. Admigsdamer 170,30. Alen a. d. E. 170,11. Halberstadt 142,84. Oberholz-Scharnewitz 129,49. Neustadt a. d. S. 65,86. Salzwedel 43,67. Zangermü. 30,48. Zschopau 9,62. Stadtdöndorf 1,17. Hannover 4712,35. Zuffelhof 800,-. Wedel i. S. 300,52. Wörlitz 292,19. Eitenberg (S.-A.) 168,45. Wünschendorf 142,64. Pary 107,90. Gernshelm 101,14. Gollnow 51,30. Troßberg 26,64. Werbn 21,56.

An Versicherungsbeiträgen gingen ein:

Wemar 3,50. Eidershausen 1,10. Salzwedel 1,90. Girschberg 18,65.

Schlus: Montag, den 17. Juli, mittags 12 Uhr.

F. R. u. s., Kassierer.

Die Abrechnung für das 2. Quartal 1916 haben eingeleitet:

- Kolberg, Neumünster, Röllin, Greiffenberg i. Schl., Odruf, Lepte, Weferlingen, Altd., Worms, Eidershausen, Siedmar, Sebnitz, Dörfeldorf, Annaberg i. S., Ludenwalde, Kolmar, Wünnel, Penzig, Lübeck, Weissenfels, Raitenburg, Schönberg i. M., Alde, Neudamm, Markredwitz, Gronau, Dornitz, Herzberg, Vork, Tzale a. S., Ermleben, Weimar, Kolde, Oshag, Brunsbüttel, Gelsenkirchen, Grotzen, Lübben, Jochen, Wörowitz, Mustau, Einbeck, Gulin, Marggrün, Ebersdorf, Jochenberg i. d. M., Jauer, Tirschenreuth, Werber, Großenhain, Gmund, Hameln, Hamburg, Neubrandenburg, Raudach, Wöldorf, Frankend., Lemgo, Warmmünde, Mühlenbeck, Grünberg, Uelzen, Wöhm, Wärow, Hildesheim, Nordhalben, Girschberg, Gölitz, Bonn, Walsrode, Obeles, Borne, Memel, Niesitz, Vergedorf, Wittenberg, Wöbau, Westphal, Chemnitz, Bremen, Gerabronn, Schwabach, Kaiserlautern, Sonneberg, Augsburg, Fürstwalde, Frankfurt a. d. O., Guben, Freiental a. d. O., Jena, Pries, Schmiedeb., Sothum, Lübz i. M., Schöningen, Greifswald, Saarau, Rue i. Erzgeb., Admigsdamer, Würzen, Lauenburg, Singen, Fürstberg, Gießen, Egeln, Plauenischer Grund, Stuttgart, Alen an der Elbe, Haynau, Siltenerode, Zschopau, Haseburg, Darmstadt, Radeburg, Salzwedel, Alwe, Goch, Krefeld, Eastingen, Euren, Mannheim, Stadtdöndorf, Halberstadt, Auersbach, Eitenberg (S.-A.), Troßberg, Hannover, Meisen, Ipehor, Joch, Pary a. d. E., Goslar, Gerabronn, Wünschendorf a. d. E., Ebbsort, Regensburg, Gernshelm, Querfurt, Münsing-Gladbach, Berlin, Gernshelm, Penzig a. d. O., Ober-, Schwarze, Gollnow, Bromberg, Anklam, Neustadt i. Holstein, Niederlagsdorf, Dreditz, Fiddow, Dierode, Strals., Rastanpfort, Lüneburg, Strehla a. d. E., Konitz, Greifswald, Pyznow.